

Niederschrift

**über die 24. öffentliche und nichtöffentliche Sitzung des
Stadtentwicklungsausschusses am Mittwoch, 10.04.2024 um 17:00 Uhr, im
Bürgersaal des Bürgerhauses (Mittelstraße 40 in 40721 Hilden)**

Anwesend waren:

Vorsitz

Frau Anabela Barata SPD

stell. Vorsitz

Herr Rudolf Joseph FDP

Ratsmitglieder

Herr Christian Gartmann CDU

Herr Peter Groß CDU

Herr Thomas Grünendahl CDU

Herr Ramon Ludwig Kimmel CDU

Herr Christian Schimang CDU für Frau Claudia Schlottmann

Herr Kevin Peter Schneider CDU

Herr Norbert Schreier CDU

Herr Kevin Buchner SPD

Frau Dagmar Hebestreit SPD

Herr Hans-Jürgen Weber SPD

Herr Heinz Albers Bündnis 90/Die Grünen

Frau Helen Kehmeier Bündnis 90/Die Grünen

Frau Susanne Vogel Bündnis 90/Die Grünen nur öffentl. Sitzung

Herr Ludger Reffgen BÜRGERAKTION

Sachkundige Bürger/innen

Herr Ben Juan Eisenblätter SPD

Herr Yorck-Peter Wolf Bündnis 90/Die Grünen

Herr Dietmar Vocke AfD

Herr Darius Alexander Behner Allianz für Hilden

Beiräte

Herr Raimund Meven Seniorenbeirat nur öffentl. Sitzung

Herr Dieter Englich Behindertenbeirat nur öffentl. Sitzung

Von der Verwaltung

Herr Beigeordneter Peter Stuhlträger Stadt Hilden

Frau Birgit Kamer Stadt Hilden

Frau Sabine Waiss Stadt Hilden

Herr Lutz Groll Stadt Hilden

Frau Karin Herzfeld Stadt Hilden

Herr Uwe Schielke Stadt Hilden

Tagesordnung:

Eröffnung der Sitzung

Änderungen zur Tagesordnung

Einwohnerfragestunde

- 1 Befangenheitserklärungen
- 2 Anträge
 - 2.1 Antrag der SPD-Fraktion vom 31.01.2024; WP 20-25 SV
Radverkehrsoptimierung an der Mettmanner Straße 61/160
 - 2.2 Antrag der Fraktion Bündnis´90/Die Grünen vom 08.03.2024: WP 20-25 SV
Unterkunft für Geflüchtete an der Hofstr. 98 26/054
 - 2.3 Antrag der Fraktion Bündnis´90/DIE GRÜNEN vom 06.02.2024: WP 20-25 SV
Einrichtung eines Itter-Workshops 66/109
 - 2.4 Antrag der SPD-Fraktion vom 21.02.2024: Sichere Schulwege für WP 20-25 SV
Hilden 66/110
- 3 Angelegenheiten des Planungs- und Vermessungsamtes
 - 3.1 Bebauungsplan Nr. 177A für den Bereich Salzmannweg / Bruch- WP 20-25 SV
hauser Weg: 61/161
Aufstellungsbeschluss
 - 3.2 55. Flächennutzungsplanänderung für den Bereich Salzmannweg / WP 20-25 SV
Bruchhauser Weg: Aufstellungsbeschluss 61/162
 - 3.3 Mobilitätskonzept für Hilden; WP 20-25 SV
Auswahl von Maßnahmenvorschlägen als Grundlage für die 61/163
nächste Beteiligungsphase
- 4 Angelegenheiten des Tiefbau- und Grünflächenamtes
 - 4.1 Straßenausbau 3. BA Bahnhofsallee - Auswahl der Vorzugsvarian- WP 20-25 SV
te 66/103
- 5 Anregungen und Beschwerden
 - 5.1 033-24 Anregung nach §24 GO NRW Aufgabe des geplanten WP 20-25 SV
Bauvorhabens Hofstr. 98 26/055
- 6 Mitteilungen und Beantwortungen von Anfragen
- 7 Entgegennahme von Anfragen und Anträgen
 - 7.1 Antrag FDP-Fraktion - "Freie Fahrt und freie Gehwege"

- 7.2 Antrag FDP-Fraktion - Alternative zur Flüchtlingsunterkunft Hofstraße 98
- 7.3 Prüfantrag CDU-Fraktion - Einrichtung einer Kita am Standort Gerresheimer Straße 20a und 20b

Eröffnung der Sitzung

Die Vorsitzende, Rm Barata/SPD, eröffnete die Sitzung und begrüßte die anwesenden Mitglieder des Stadtentwicklungsausschusses, die Vertreter des Behinderten- und Seniorenbeirats und die erschienenen Zuhörerinnen und Zuhörer sowie die Presse.

Sie stellte die form-und fristgerechte Zustellung der Unterlagen fest.

Änderungen zur Tagesordnung

Rm Reffgen/BA bat darum, den TOP 5.1 vorzuziehen. Die Beratung solle im Interesse der anwesenden Bürgerinnen und Bürger nicht zum Ende der Sitzung erfolgen. Außerdem sei die Entscheidung über die Bürgeranregung vor Beratung des Antrags der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen (TOP 2.1) sinnvoll.

Dem stimmten die Mitglieder des Stadtentwicklungsausschusses zu.

Einwohnerfragestunde

Die Sitzung wurde um 17:07 Uhr für die Durchführung der Einwohnerfragestunde unterbrochen.

Herr Urban, Bruchhauser Weg 94, erkundigte sich im Zusammenhang mit der Beratung zur Errichtung eines Kindergartens am Salzmannweg, ob bereits detaillierte Angaben zu dem Projekt vorliegen und wie weit die Planung gediehen sei. Die Anwohnerinnen und Anwohner seien nicht informiert worden.

Herr Groll antwortete, dass in der heutigen Sitzung die Beratung der notwendigen Aufstellungsbeschlüsse erfolge, mit denen die Bauleitplanverfahren starten. Detaillierte Planungen seien noch nicht erstellt. Im weiteren Verfahren werde eine Bürgerinformationsveranstaltung stattfinden. Im Rahmen der Offenlage kann die Einsichtnahme in die Entwürfe der Änderung des Flächennutzungsplans sowie des Bebauungsplans genommen werden und es besteht eine weitere Möglichkeit, Anregungen und Bedenken zu äußern.

Die Sitzung wurde um 17:10 Uhr fortgesetzt.

1 Befangenheitserklärungen

- keine -

2 Anträge

2.1	Antrag der SPD-Fraktion vom 31.01.2024; Radverkehrsoptimierung an der Mettmanner Straße	WP 20-25 SV 61/160
-----	--	-----------------------

Sachk. Bürger Eisenblätter/SPD erklärte für seine Fraktion, dass der Antrag zurückgezogen werde, wenn die Zusage zur Umsetzung der in der Sitzungsvorlage vorgesehenen Maßnahme durch die Verwaltung erfolge.

Diese Zusage wurde von Herrn Beig. Stuhlträger gegeben.

Antragstext:

Auf Antrag der SPD-Fraktion beschließt der Stadtentwicklungsausschuss, die Verwaltung mit der Prüfung von Möglichkeiten zur Verbesserung des ein- und ausgehenden Radverkehrs am südlichen Ende der Mettmanner Straße zu beauftragen.

Abstimmungsergebnis:
zurückgezogen

2.2	Antrag der Fraktion Bündnis´90/Die Grünen vom 08.03.2024: Unterkunft für Geflüchtete an der Hofstr. 98	WP 20-25 SV 26/054
-----	---	-----------------------

Rm Kehmeier/Grüne erklärte, dass der Antrag nach Kenntnis der Stellungnahme der Verwaltung für ihre Fraktion erledigt sei.

Antragstext:

Die Stadt Hilden errichtet die neue Unterkunft für Geflüchtete an der Hofstraße 98 in maximal 3-geschossiger Bauweise mit Retentionsgründach. Die Baukörper sind so herzustellen, dass der Luftaustausch in der Umgebung erhalten bleibt. Außerdem sind auf dem eigenen Grundstück geeignete Maßnahmen gegen künftige Starkregenereignisse zu ergreifen.

Abstimmungsergebnis:
Antrag für erledigt erklärt

2.3	Antrag der Fraktion Bündnis´90/DIE GRÜNEN vom 06.02.2024: Einrichtung eines Itter-Workshops	WP 20-25 SV 66/109
-----	--	-----------------------

Rm Kehmeier/Grüne informierte, dass die Bezirksregierung Düsseldorf in einem Leitfaden Bemessungswerte für Medikamentenrückstände im Gewässer aufgeführt habe, die als Anhaltspunkt dienen können. Vor dem Hintergrund der in der Sitzungsvorlage in Aussicht gestellten turnusmäßige Berichterstattung im Ausschuss für Umwelt- und Klimaschutz erfolge, werde der Antrag durch die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen für erledigt erklärt.

Antragstext:

Die Stadt Hilden lädt die Ausschussmitglieder des UKS und des SteA zu einem gemeinsamen "Workshop Itter" oder einer Ausschuss-Schwerpunktsitzung ein, um den Zustand der Itter und künftige Aufgaben zu beraten.

Abstimmungsergebnis:

Antrag für erledigt erklärt

2.4	Antrag der SPD-Fraktion vom 21.02.2024: Sichere Schulwege für Hilden	WP 20-25 SV 66/110
-----	--	-----------------------

Herr Englich wies darauf hin, dass im Bereich der Förderschule auch Schülerspezialtransporte erforderlich seien. Die Haltemöglichkeit bei einer Sperrung dürfe nicht zu weit von der Schule entfernt sein.

Herr Beig. Stuhlträger erklärte, dass es sich bei der Auflistung um eine erste grobe Einschätzung handele, die nur die rein technischen Gründe berücksichtige. Weitere Prüfungen - unter Einbeziehung der Schulen - sollten erst nach Auswertung der Erfahrungen der Stadt Düsseldorf erfolgen.

Rm Buchner/SPD und Rm Joseph/FDP teilten für ihre Fraktionen mit, dass dem Verwaltungsvorschlag gefolgt werde und eine Vertagung erfolgen solle.

Rm Reffgen/BA schlug für seine Fraktion vor, im Bereich der Schule am Elbsee im Einvernehmen mit der Schule und unter Beachtung der Inklusion ein eigenes Pilotprojekt durchzuführen.

Die Vorsitzende rief zur Abstimmung über den Vertagungsantrag auf.

Antragstext:

In Folge des Erlasses „Sperrungen von Straßen für den Kfz-Verkehr im Nahbereich von Schulen“ des Landesumwelt- und Verkehrsministeriums NRW, wird die Verwaltung mit einer entsprechenden Konzepterstellung für jede infrage kommende Schule beauftragt. Straßen im Umkreis von Grundschulen sind demnach zeitweise vor Beginn und am Ende des Schulunterrichts für den Autoverkehr zu sperren oder die Durchfahrt durch Sperrelemente zu verhindern, um die Sicherheit der Schulkinder zu gewährleisten. Verschiedene Konzepte dienen hierbei dazu, den unterschiedlichen Verkehrssituationen Rechnung zu tragen.

Bei Nicht-Umsetzbarkeit sind weitere durch den Erlass ermöglichte Alternativen zur Erhöhung der Verkehrssicherheit vor Schulen zu prüfen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig vertagt

3	Angelegenheiten des Planungs- und Vermessungsamtes
---	--

3.1	Bebauungsplan Nr. 177A für den Bereich Salzmannweg / Bruchhauser Weg: Aufstellungsbeschluss	WP 20-25 SV 61/161
-----	--	-----------------------

Auf Nachfrage von Rm Kehmeier/Grüne erläuterte Herr Beig. Stuhlträger, dass das in diesem Bereich vorgesehene Regenrückhaltebecken nicht mehr erforderlich sei. Das vor einigen Jahren er-

richtete Regenrückhaltebecken gegenüber des Plangebiets am Bruchhauser Weg reiche aus.

Rm Joseph/FDP erklärte, dass die FDP-Fraktion den akuten Handlungsbedarf sehe, aber den Standort für kritisch halte. Er werde sich für die FDP-Fraktion daher bei der Abstimmung enthalten.

Herr Groll informierte auf den Hinweis von Rm Joseph/FDP, dass bereits eine Kontaktaufnahme mit dem Verein erfolgt sei und sich die Erkenntnisse in der Größe des Plangebiets widerspiegeln.

Rm Reffgen/BA regte ergänzend zu den Ausführungen der FDP-Fraktion für die Fraktion Bürgeraktion an, für die notwendige KiTa weitere Bestandsimmobilien und Alternativflächen auch in den Gewerbegebieten zu prüfen, um dort die KiTa anzusiedeln und nicht die Freifläche in Anspruch zu nehmen.

Rm Schneider/CDU und Rm Buchner/SPD signalisierten für ihre Fraktionen die Zustimmung zum Aufstellungsbeschluss.

Beschlussvorschlag:

Der Stadtentwicklungsausschuss beschließt

die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 177A für den Bereich Salzmannweg / Bruchhauser Weg gemäß § 2 Abs. 1 BauGB (Baugesetzbuch) in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. November 2017 (BGBl. I S. 3634), das zuletzt durch Artikel 3 des Gesetzes vom 20. Dezember 2023 (BGBl. 2023 I S. 394) geändert worden ist.

Das rund 17.200 m² große Plangebiet umfasst in der Gemarkung Hilden, Flur 19 die Flurstücke 254 und 255.

Der räumliche Geltungsbereich des Bebauungsplanes grenzt im Norden an den Salzmannweg und im Westen an den Bruchhauser Weg. Im Osten schließt Wohnbebauung an. Südlich des Plangebietes befinden sich landwirtschaftlich genutzte Flächen. Diese Landwirtschaftlichen Flächen liegen bereits auf Langenfelder Stadtgebiet.

Ziel des Bauleitplanverfahrens ist es, die planungsrechtlichen Voraussetzungen für die Errichtung einer mehrgruppigen Kindertagesstätte (Kita) am Standort zu schaffen und gleichzeitig die Nutzung der angrenzenden Tennisanlage im Bestand zu sichern. Die Belange der benachbarten Nutzungen sind abzustimmen. Durch den Bebauungsplan Nr. 177A soll daher der westliche Bereich des Plangebietes künftig als Fläche für den Gemeinbedarf mit der Zweckbestimmung „sozialen Zwecken dienende Gebäude und Einrichtungen“ festgesetzt werden. Der östliche Bereich soll auch künftig als Sondergebiet Tennisanlage ausgewiesen werden.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen bei 2 Enthaltungen (FDP, BA)

3.2	55. Flächennutzungsplanänderung für den Bereich Salzmannweg / Bruchhauser Weg: Aufstellungsbeschluss	WP 20-25 SV 61/162
-----	---	-----------------------

Es lagen keine Wortmeldungen vor.

Beschlussvorschlag:

Der Stadtentwicklungsausschuss beschließt

die Aufstellung der 55. Flächennutzungsplanänderung für den Bereich Salzmannweg / Bruchhauser Weg gemäß § 2 Abs. 1 BauGB (Baugesetzbuch) in der Fassung der Bekanntmachung vom 3.

November 2017 (BGBl. I S. 3634), das zuletzt durch Artikel 3 des Gesetzes vom 20. Dezember 2023 (BGBl. 2023 I S. 394) geändert worden ist.

Das rund 4.600 m² große Plangebiet umfasst in der Gemarkung Hilden, Flur 19 den deutlich überwiegenden Teil des Flurstücks 255 und einen kleinen Teil des Flurstücks 254. Die genaue Abgrenzung des Plangebietes ist der beigelegten Karte zu entnehmen.

Ziel des Bauleitplanverfahrens ist es, die planungsrechtlichen Voraussetzungen für die Errichtung einer mehrgruppigen Kindertagesstätte (Kita) am Standort zu schaffen. Durch die 55. Flächennutzungsplanänderung sollen die bislang als öffentliche Grünfläche mit der Zweckbestimmung Spielplatztyp AB und Zweckbestimmung Regenrückhaltebecken dargestellten Bereiche im Plangebiet in eine Fläche für den Gemeinbedarf mit der Zweckbestimmung „sozialen Zwecken dienende Gebäude und Einrichtungen“ umgewandelt werden.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen bei 2 Enthaltungen (FDP, BA)

3.3 Mobilitätskonzept für Hilden;
Auswahl von Maßnahmenvorschlägen als Grundlage für die
nächste Beteiligungsphase

WP 20-25 SV
61/163

Die Vorsitzende begrüßte die Herren Stuhm und Bruhn vom büro stadtVerkehr, die anhand einer Präsentation die vorgeschlagenen Maßnahmen erläuterten. Die Präsentation ist der Niederschrift als Anlage 1 beigelegt.

Aus der Diskussion bleibt festzuhalten, dass Sachk. Bürger Wolf/Grüne, Rm Reffgen/BA und Rm Buchner/SPD für ihre Fraktionen Zustimmung zum vorliegenden Beschlussvorschlag signalisierten, da es sich um die Freigabe der Maßnahmenvorschläge für die Bürgerbeteiligung handele. Erst im Anschluss an die Stadtkonferenz werden die Entscheidungen getroffen. Die Vorschläge basieren auf den bisherigen Beratungen.

Dagegen äußerten Sachk. Bürger Vocke/AfD, Rm Joseph/FDP und Rm Schneider/CDU für ihre Fraktionen, dass der Beschlussvorschlag und Maßnahmenkatalog in der vorliegenden Form keine Zustimmung findet. Die Einführung von Tempo 30 auf den Hauptverkehrsstraßen wurde mit den nachfolgenden Argumenten abgelehnt:

- Zur Umgehung des Tempolimits weiten sich die Inanspruchnahme von Schleichwegen durch die Wohnquartiere aus. Diese müssen geschützt werden.
- Alternativ zur Temporeduzierung sollten Nebenstraßen für die Radfahrenden ausgebaut werden, damit die Verkehrssicherheit gesteigert wird.
- Es wird eine Schwächung des MIV befürchtet, der sich negativ auf die Stadt als Wirtschaftsstandort auswirkt.

Rm Joseph/FDP beantragte für seine Fraktion ergänzend, dass der Maßnahmenkatalog um 3 Punkte erweitert werde:

1. Es sollen die Auswirkungen durch die Inanspruchnahme von Schleichwegen untersucht und dargelegt werden.
2. Ein Angebot für Schnellbuslinien 741 und 785 solle untersucht werden.
3. Eine Anbindung der S-Bahn an Köln solle ermöglicht werden.

Herr Beig. Stuhlträger wies darauf hin, dass eine ausführliche Bestandsanalyse durchgeführt worden sei. Die Maßnahmenvorschläge resultierten aus den Ergebnissen des im Januar durchgeführ-

ten Workshops, die nunmehr gebündelt vorgelegt werden. Die Temporeduzierung wirke sich auf alle Verkehrsteilnehmenden aus, da durch eine Angleichung der Geschwindigkeit von Autos und Fahrrad eine höhere Verkehrssicherheit erreicht werde. Die Benutzung des Autos solle nicht unterbunden werden. Gerade für die kurzen Wege hoffe man aber auf einen Anreiz zum Verzicht auf den Pkw. Die Schnellbusse werden für die regionalen Verkehre eingesetzt. Die Prüfung sei eine Aufgabe des Kreises. Das Mobilitätskonzept betrachte, bewerte und soll nur die Verkehre innerhalb der Stadt verbessern.

Herr Stuhm ergänzte diese Ausführungen und erläuterte ausführlich, die Erhebung der Daten. Der Maßnahmenkatalog beinhalte im Vergleich zu anderen Städten, die sein Büro betreut, konservative Maßnahmen von denen man eine Akzeptanz erwarten könne.

Herr Englich erklärte, der Behindertenbeirat trage die Temporeduzierung mit, da schwächere Verkehrsteilnehmende geschützt werden.

Rm Schneider/CDU beantragte für seine Fraktion eine Änderung des Beschlussvorschlages, in dem der Kernvorschlag „Tempo 30“ gestrichen werde.

Die Vorsitzende rief zunächst zur Abstimmung über den Antrag der FDP-Fraktion über die Ergänzung des Maßnahmenkatalogs auf.

Der Maßnahmenkatalog soll um 3 Punkte erweitert werden:

4. *Es sollen die Auswirkungen durch die Inanspruchnahme von Schleichwegen untersucht und dargelegt werden.*
5. *Ein Angebot für Schnellbuslinien 741 und 785 soll untersucht werden.*
6. *Eine Anbindung der S-Bahn an Köln soll ermöglicht werden.*

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich abgelehnt

- | | | |
|----|--------------|---------------------------|
| 9 | Ja-Stimmen | (CDU, FDP, AfD) |
| 11 | Nein-Stimmen | (SPD, Grüne, BA, Allianz) |

Im Anschluss erfolgte die Abstimmung über den Änderungsantrag der CDU-Fraktion:

Der Stadtentwicklungsausschuss beschließt als Maßnahmen des Mobilitätskonzepts den Kernvorschlag „Tempo 30“ mit der in der Liste der laut Anlage 1 dazugehörenden enthaltenen Maßnahmenvorschläge in der nächsten Beteiligungsphase bei der Erstellung des Mobilitätskonzeptes für Hilden zur Diskussion zu stellen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich abgelehnt

- | | | |
|----|--------------|---------------------------|
| 9 | Ja-Stimmen | (CDU, FDP, AfD) |
| 11 | Nein-Stimmen | (SPD, Grüne, BA, Allianz) |

Abschließend erfolgte die Abstimmung zum Beschlussvorschlag der SV 61/163.

Beschlussvorschlag:

Der Stadtentwicklungsausschuss beschließt als Maßnahmen des Mobilitätskonzepts den Kernvorschlag „Tempo 30“ mit der Liste der laut Anlage 1 dazugehörenden Maßnahmenvorschläge in der nächsten Beteiligungsphase bei der Erstellung des Mobilitätskonzeptes für Hilden zur Diskussion zu stellen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich beschlossen

- 12 Ja-Stimmen (CDU (1), SPD, Grüne, BA, Allianz)
- 2 Nein-Stimmen (FDP, AfD)
- 6 Enthaltungen (CDU)

4 **Angelegenheiten des Tiefbau- und Grünflächenamtes**

- | | | |
|-----|--|-----------------------|
| 4.1 | Straßenausbau 3. BA Bahnhofsallee - Auswahl der Vorzugsvarianten | WP 20-25 SV
66/103 |
|-----|--|-----------------------|
-

Rm Buchner/SPD, Sachk, Bürger Vocke/AfD und Rm Schneider/CDU sprachen sich für ihre Fraktionen für die Planung der Variante 3 aus.

Rm Buchner/SPD erklärte für die SPD-Fraktion, dass in Anbetracht der Haushaltslage jedoch die Planung derzeit ruhen solle.

Rm Kehmeier/Grüne führte aus, dass die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vorschläge auf einen Ausbau zu verzichten und die Neuaufteilung des Parkraums durch eine neue Markierung durchzuführen.

Rm Reffgen/BA stellte für die Fraktion Bürgeraktion den Antrag, die Planung nicht weiter zu verfolgen und einstweilen „auf Eis zu legen“.

Die Vorsitzende rief zunächst zur Abstimmung über den Antrag der Fraktionen SPD und Bürgeraktion auf.

Antragstext:

Der Stadtentwicklungsausschuss beschließt, die Planung in Anbetracht der Haushaltslage zunächst nicht weiter zu verfolgen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich beschlossen

- 10 Ja-Stimmen (SPD, Grüne, BA)
- 9 Nein-Stimmen (CDU, FDP, AfD)
- 1 Enthaltung (Allianz)

Damit erübrigte sich eine Abstimmung über den vorliegenden Beschlussvorschlag.

Beschlussvorschlag:

Der Stadtentwicklungsausschuss beschließt, dass folgende Variante Grundlage der weiteren Planung ist:

- a) Variante 1
- oder
- b) Variante 2
- oder
- c) Variante 3

Der TOP wurde vorgezogen und im Anschluss an TOP 1 beraten.

Mit Zustimmung der Mitglieder des Stadtentwicklungsausschusses unterbrach die Vorsitzende die Sitzung von 17:12 Uhr bis 17:21 Uhr um Frau Marita Brües, Hofstraße 83 als Vertreterin der Antragstellenden die Möglichkeit zu geben, die Bürgeranregung nach § 24 GO nochmals zu erläutern und begründen.

Aus der nach Wiedereintritt in die Sitzung erfolgten Diskussion ist festzuhalten, dass Rm Kehmeier/Grüne, Rm Schneider/CDU und Rm Buchner/SPD für ihre Fraktionen erklärten, den Bürgeranregungen aus unterschiedlichen Gründen nicht zuzustimmen:

- Der Bedarf an Unterbringungsplätzen wurde durch die Verwaltung nachgewiesen. Da alle Unterbringungsmöglichkeiten ausgeschöpft sind, hat die Unterbringung der Flüchtlinge im Rahmen der Abwägung Vorrang vor dem Freiflächenerhalt.
- Ein Großteil der weitläufigen Ackerfläche bleibt erhalten und wird in eine Streuobstwiese entwickelt, so dass auch bei Starkregen eine Versickerung möglich ist.
- Es sollen Gebäude mit der Möglichkeit einer Nachnutzung durch öffentlich geförderte Mietwohnungen errichtet werden, die langfristig zu nutzen sind und damit im Vergleich zur Containerbauweise nachhaltig sind.
- Die von den Antragstellenden befürchteten negativen Auswirkungen auf Klima und Umwelt wurden durch Auswertung von Gutachten durch die Verwaltung widerlegt.
- Die Politik hat sich bereits von der in den 90ziger Jahren angedachten großflächigen Bebauung des Bereichs distanziert und eine Anlegung einer Streuobstwiese beschlossen.

Rm Joseph/FDP erklärte für seine Fraktion, dass den Bürgeranregungen zugestimmt werde. Von der Verwaltung werde die Prüfung weiterer Standortalternativen erwartet. Die Entwicklung der Bundespolitik solle abgewartet werden. Bisher seien nur 20 Personen in der Turnhalle Weidenweg untergebracht. Es sollen keine Überkapazitäten geschaffen werden. Das Grundstück eigne sich im Vergleich zum Standort Salzmannweg wesentlich besser für die Errichtung einer Kindertagesstätte.

Rm Reffgen/BA informierte, dass seine Fraktion eine differenziertere Sicht auf den Zielkonflikt Freiflächenerhalt - Flüchtlingsunterbringung habe. Der Prüfprozess der Verwaltung sei aus seiner Sicht noch nicht abgeschlossen und bisher dem Rat nicht nachvollziehbar dargelegt worden. Auf eine abschließende Beschlussfassung zugunsten der Bebauung solle daher zunächst verzichtet werden. Es müsse nach weiteren Alternativen gesucht werden, da das Grundstück Hofstraße zunächst auch für die Verwaltung nicht die 1. Wahl gewesen sei. Eine Zustimmung zu den Bürgeranregungen sei jedoch heute auch nicht möglich, da der Fall zu betrachten sei, dass keine Alternativen gefunden werden. Eine Unterbringungsmöglichkeit für die Flüchtlinge müsse geschaffen werden. Deshalb rege er eine Modifizierung des Antrags hin zu einem Prüfauftrag an.

Auf Nachfrage der Vorsitzenden bestätigte Rm Reffgen/BA für seine Fraktion, dass dies als Änderungsantrag zu werten sei.

Rm Buchner/SPD bat nochmals um Konkretisierung des modifizierten Antragstextes und brachte gleichzeitig in Erinnerung, dass die Verwaltung zugesagt habe, auch weiter nach Alternativen zu suchen bzw. eingehende Hinweise zu Objekten auf Geeignetheit zu prüfen. Der im Dezember gefasste Beschluss sichere, dass die Planung der Baumaßnahme weitergeführt werden könne. Eine endgültige Entscheidung werde erst in der Sitzung des Rates am 25.09.2024 getroffen.

Rm Reffgen/BA führte aus, dass die Verwaltung die Planung für das Vorhaben Hofstraße forcieren. Durch die geplante zusätzliche Containerunterkunft auf dem Grundstück Herderstraße könne die Turnhalle Weidenweg wieder freigezogen werden. Es fehle jedoch ein Auftrag an die Verwaltung, nach Alternativen für die Unterbringung der Flüchtlinge zu suchen.

Aus diesem Grund stelle er für seine Fraktion folgenden modifizierten Antrag zur Bürgeranregung Nr. 1:

„Der Rat möge beschließen, dass vor einer abschließenden Beschlussfassung zur Bebauung des Grundstücks Hofstraße 98 weitere Alternativen zur Nutzung als Flüchtlingsunterkunft durch die Verwaltung zu prüfen sind und die Prüfung transparent darzulegen ist.“

Beig. Stuhlträger erklärte, dass die Nutzung der Turnhalle Weidenweg unabhängig von der Anzahl der dort untergebrachten Flüchtlinge eine Zumutung sei. Eine menschenwürdige Unterbringung sei unabhängig von der Anzahl erforderlich. Auch die Anzahl sei unerheblich, da schon 1 Person, die nicht an einem anderen Standort untergebracht werden kann, ausreicht, um die Sporthalle als Notunterkunft nutzen zu müssen. Die Verwaltung habe alle Möglichkeiten in städtischen Liegenschaften ausgeschöpft und auch im privaten Bereich Unterbringungsmöglichkeiten geprüft. Alle Vorschläge werden ergebnisoffen geprüft. Die zeitnahe Entscheidung über die Bürgeranträge sei erforderlich, damit die Verwaltung die Ingenieurleistungen zur Erstellung der Beratungsvorlagen vergeben könne.

Rm Reffgen unterbreitete er das Gesprächsangebot, ihn am Freitag im Rathaus zu besuchen, damit er ihm alle vorliegenden Unterlagen erläutern könne.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorlagen, rief die Vorsitzende zur Abstimmung auf. Über die vorliegenden Bürgeranregungen wurde getrennt abgestimmt.

Antragstext:

1. Durch die Fraktion BA modifizierter Antrag 1:

~~Der Rat der Stadt Hilden möge beschließen, dass das o.g. Bauvorhaben nicht durchgeführt und nach Alternativen gesucht wird.~~

„Der Rat möge beschließen, dass vor einer abschließenden Beschlussfassung zur Bebauung des Grundstücks Hofstraße 98 weitere Alternativen zur Nutzung als Flüchtlingsunterkunft durch die Verwaltung zu prüfen sind und die Prüfung transparent darzulegen ist.“

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich abgelehnt mit

- 3 Ja-Stimmen (FDP, AfD, BA)
- 17 Nein-Stimmen (CDU, SPD, Grüne, Allianz)
- 0 Enthaltung

2. Antrag 2:

..., regen wir an, die gesamte Acker- und Freifläche an der Hofstraße nicht zu bebauen, sondern als Freifläche im Rahmen eines Gesamtkonzeptes der grünen Infrastruktur zur Anpassung an den Klimawandel im Flächennutzungsplan zu sichern.

Das aktuelle Bauvorhaben an der Hofstraße 98 ist deshalb einzustellen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig abgelehnt mit 3 Enthaltungen (FDP, AfD, BA)

- keine -

7 Entgegennahme von Anfragen und Anträgen

7.1 Antrag FDP-Fraktion - "Freie Fahrt und freie Gehwege"

Rm Joseph/FDP stellte für seine Fraktion nachfolgenden Antrag:

„Die Verwaltung wird gebeten, mit den Anbietern für das Ausleihen von Elektrokleinstfahrzeugen (E-Scooter oder E-Fahrräder) in Kontakt zu treten, gemeinsam ein Konzept für sichere Abstellflächen für Elektrokleinstfahrzeuge im Innenstadtbereich in der Nähe von Fahrradabstellplätzen an den potenziellen Standorten Fritz-Gressard-Platz, Gabelung, Hilden Süd S, Hilden S und Warrington-Platz zu erarbeiten und dieses dem Stadtentwicklungsausschuss im vierten Quartal 2024 beziehungsweise im ersten Quartal 2025 zur Beratung und Abstimmung vorzustellen.

Begründung:

Spätestens seit dem Volksentscheid über ein Verbot von sogenannten „E-Scootern“ in Paris sind Elektrokleinstfahrzeuge wieder in aller Munde. Auch im Rat der Stadt Hilden wurden in vergangenen Ratssitzungen Maßnahmen diskutiert, um die Bereitstellung von Elektrokleinstfahrzeugen weniger attraktiv zu gestalten (Sondernutzungsgebühren).

Diese Diskussionen ergeben sich folgerichtig aus der Problematik, dass unachtsam abgestellte E-Scooter/E-Fahrräder zu starken Beeinträchtigungen für alle Verkehrsteilnehmer - insbesondere aber für Fußgänger mit körperlichen Einschränkungen oder Kinderwagen - führen können.

Die Fraktion der Freien Demokraten spricht sich dabei jedoch nicht grundsätzlich gegen das Angebot der Elektrokleinstfahrzeuge aus - im Gegenteil gehört die verantwortungsbewusste Nutzung dieses Angebots für die FDP-Fraktion zu einem ganzheitlich gedachten Mobilitätsmix dazu. Gleichzeitig sieht die FDP-Fraktion auch den Handlungsbedarf, Gehwege frei beziehungsweise barrierefrei zu halten.

Aus diesem Grund sprechen wir uns für Maßnahmen wie Abstellzonen für Elektrokleinstfahrzeuge, die Mittels „GEO-Fencing“ über die Anbieter-Apps überwacht werden können, aus. Maßnahmen wie Sondernutzungsgebühren können in gewisser Weise auch einen Effekt haben, jedoch sollte hier bedacht werden, dass diese an die Verbraucherinnen und Verbraucher weitergegeben werden. Aus diesem Grund sieht die FDP-Fraktion die Errichtung von Abstellzonen im Innenstadtbereich als verbraucherfreundlichste Lösung an.

7.2 Antrag FDP-Fraktion - Alternative zur Flüchtlingsunterkunft Hofstraße 98

Rm Joseph/FDP stellte für die FDP-Fraktion folgenden Antrag.

„Die Verwaltung wird gebeten, mit dem Eigentümer des leerstehenden Gebäudes auf der Hofstraße 56-60 (ehemalige Geschäftsstelle des Jobcenters ME-aktiv) in Kontakt zu treten und zu prüfen, ob eine Anmietung oder der Kauf des Gebäudes möglich ist, um dort durch einen geeigneten Umbau und eine Nutzungsänderung eine Unterkunft für geflüchtete Menschen einzurichten. Die Mietkosten, alternativ der Kaufpreis und die damit zusammenhängenden Umbaukosten sind zu ermitteln.

Das Ergebnis der Prüfung ist dem Rat in seiner Sitzung am 25.09.2024 zur Beratung und Entscheidungsfindung vorzulegen.

Begründung:

Die anhaltende Diskussion über die Unterbringung von geflüchteten Menschen, die nach Hilden kommen, hat bisher noch zu keiner für alle Seiten befriedigenden Lösung geführt.

Der geplante Bau einer Flüchtlingsunterkunft auf der Hofstraße 98 sprengt nach Meinung der Freien Demokraten die finanziellen Mittel der Stadt Hilden.

Auch im Hinblick darauf, dass unklar ist, wie viele Menschen in den nächsten Jahren nach Hilden kommen und untergebracht werden müssen, sollten alle Möglichkeiten ausgeschöpft werden, bereits bestehende Gebäude, ggf. durch eine Nutzungsänderung, für die Unterbringung in Betracht zu ziehen.

Das ehemals als Verwaltungsgebäude des Jobcenter ME-aktiv genutzte Gebäude auf der Hofstraße 56-60 sollte nach vorheriger Kontaktaufnahme mit den Eigentümern dahingehend überprüft werden, ob dort nach dem Vorbild der Unterkunft auf der Herderstraße Wohnraum geschaffen werden kann. Darüber hinaus ist zu prüfen, inwiefern es möglich ist, auf dem Gelände der Unterkunft auf der Herderstraße zusätzlich Wohnraum in Form von Gebäuden in Modulbauweise (Wohncontainern) zu schaffen.

7.3 Prüfantrag CDU-Fraktion - Einrichtung einer Kita am Standort Gerresheimer Straße 20a und 20b

Rm Schneider/CDU reichte für die CDU-Fraktion den nachfolgenden Prüfantrag ein:

„Die CDU Fraktion Hilden beantragt eine Prüfung zur kurzfristigen Einrichtung einer Kindertagesstätte am Standort Gerresheimer Straße 20a und 20b.

Begründung:

Aufgrund des akuten Mangels an Betreuungsplätzen für Kinder sehen wir uns gezwungen, alternative Lösungen zu prüfen, um dieser Herausforderung zu begegnen. Die Einrichtung einer Kita an diesem Standort könnte eine mögliche Option sein, um einen Teil des aktuellen Bedarfs schnellstmöglich zu decken.

Wir bitten daher um eine kurzfristige Prüfung der Machbarkeit und möglicher Umsetzungsschritte für die Errichtung einer Kita.“

Ende der Sitzung: 20:54 Uhr

Anabela Barata / Datum
Vorsitzende

Birgit Kamer Daniel Beier / Datum
Schriftführer/in

Gesehen:

Dr. Claus Pommer / Datum
Bürgermeister

Peter Stuhlträger / Datum
Beigeordneter